Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 1

Artikel: Katholiken auf Natokurs
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339836

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Horst Hartmann

Friedenssicherung durch Friedensarbeit

Die auf der Synodaltagung in Fellbach bei Stuttgart verabschiedete Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland hat Chancen, im vor uns liegenden Jahrzehnt die Diskussion über eine Sicherung des Friedens entscheidend mitzubestimmen. Unter dem Titel «Frieden wahren, fördern und erneuern» liegt eine Untersuchung vor, die einen Kompromiss innerhalb der Kirche darstellt. Aber der Versuch, unterschiedliche Standpunkte miteinander abzuwägen, lässt diese Lagebestimmung glaubwürdig erscheinen.

Die Denkschrift beschäftigt sich in mehreren Kapiteln mit der gegenwärtigen Entspannungskrise, den politischen Bemühungen um die Sicherung des Friedens seit 1945 und enthält kirchliche Stimmen zur Friedensdiskussion. Sie setzt sich mit der Friedensarbeit und den gegenwärtigen Aufgaben auseinander.

Die Objektivität dieser Untersuchung lässt sich am Beispiel der Einschätzung sowjetischer und amerikanischer Politik nachweisen. Die Verfasser vertreten die Meinung, dass die Sowjetunion in der Entspannungsphase auch ihre Rüstung verstärkt hat, um ihre Machtposition zu stärken und sich in einigen Ländern Vorteile gegenüber den USA verschaffte, während ihre Position anderswo gleichzeitig geschwächt wurde. Die USA haben aussenpolitische Demütigungen und wirtschaftliche Rückschläge durch erhöhte militärische Anstrengungen zu kompensieren versucht und sich zu einer riskanten Politik der Stärke entschlossen, die in der Forderung nach Überlegenheit gipfelt.

Die Denkschrift lässt es aber bei einer derartigen Untersuchung der Weltlage nicht bewenden sondern versucht, die Konsequenzen für die Kirche aufzuzeigen. Dazu gehört beispielsweise die Forderung, eine öffentliche Verharmlosung des Krieges und die Darstellung oder Verherrlichung von Gewalt zu unterbinden. Die Kirche strebt eine neue internationale Friedensordnung an, den «Verzicht auf gewaltsame Lösungen zwischenstaatlicher Konflikte, Beseitigung von Not und Elend, Gewährleistung von Freiheit und Selbstbestimmung für alle Völker, Aufhebung rassischer und sozialer Unterdrückung und Diskriminierung, Gewährleistung der Menschenrechte, Schutz der natürlichen Lebensgrundlage in der Umwelt».

Man ist sich allerdings darüber im Klaren, dass eine derartige Ordnung gegenwärtig noch nicht Wirklichkeit ist. In der Denkschrift wird auch auf die «eigenständigen» Interessen Europas hingewiesen, die sich nicht unbedingt mit denen der Supermächte decken. Der Westen sollte im übrigen tunlichst vermeiden, die Schwächen des Ostens auszunützen, um nicht militärische Reaktionen zu provozieren. Wichtig erscheint ein defensives Verteidigungskonzept, das nur «vorläufig» eine atomare Abschreckung ermöglicht, dessen Schwerpunkt aber Defensivwaffen bilden.

An die Politiker soll die Frage gerichtet werden, wie die Rüstungsmassnahmen beendet werden können. Deshalb empfiehlt die Denkschrift auch einseitige Schritte in der Abrüstung. Als konkrete eigene Leistung ruft die Kirche zu «regelmässigen Friedensgutachten» auf. Mit Hilfe aktueller Analysen sollen konkrete Empfehlungen erteilt werden. Friedensarbeit ist eine Aufgabe für alle Protestanten.

Katholiken auf Natokurs

Nach der Synode der Evangelischen Kirche hat auch das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken ein Papier zur Friedenspolitik vorgelegt. ZDK-Präsident Hans Maier (CSU), Kultusminister in Bayern und einflussreiche Mitverfasser wie Alois Mertes (CDU) sehen im Nato-Doppelbeschluss und der Produktion der Neutronenbombe positive Beispiele einer Politik, «die über den Weg des militärischen Gleichgewichts auf Entspannung und Frieden zielt!».

Bei der Lektüre des Papieres könnte man den Eindruck gewinnen, das Zentralkomitee habe die Friedensbewegung und die Ängste der Bevölkerung verschlafen. Die Position des höchsten Laiengremiums der deutschen Katholiken ist einseitig. Es unterstellt unter Verzicht auf jede Beweisführung, dass die Politik des Westens auf «Anerkennung der Menschenwürde und der Menschenrechte» beruht, während im Osten die totalitäre Ideologie des Marxismus-Leninismus allein die Politik bestimmt.

Wenn man der Sowjetunion mit Recht Grossmachtpolitik unterstellt, warum wird dann die Aussenpolitik der USA, für die Menschenrechte nach eige-

nem Bekunden keine Rolle bei der Wahl von Verbündeten spielen, mit keinem Satz erwähnt? Wer wie das ZK der Sowjetunion vorwirft, in der Dritten Welt Fuss zu fassen, kann doch nicht übersehen, dass in Lateinamerika, Afrika und Asien zahlreiche Länder völlig vom Westen abhängig sind und vielfach von Militärs regiert werden, die auch die katholische Kirche verfolgen.
Der vom Zentralkomitee beschworene Friedensgeist und Friedenswillen bleibt blass, wenn man gleichzeitig Nuklearwaffen als «Mittel der Kriegsverhütung» akzeptiert und auf die umstrittene Stationierung zusätzlicher Mittelstreckenraketen überhaupt nicht eingeht. Die Ausführungen zur militärischen Lage könnten Wort für Wort aus dem Nato-Hauptquartier stammen. Offenbar dient das Papier vor allem dazu, unbequeme Kritiker auf dem nächsten Kirchentag einzuschüchtern.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Heinz Rapp bemängelte, die Gleichgewichtsdefinition des ZDK müsse das Hochdrehen der Rüstungsschraube zur Folge haben. Scharfe Ablehnung kam vor allem aus dem Lager des Bundes der deutschen katholischen Jugend und der katholischen Friedensbewegung Pax Christi, die das «Feindbild» bemängelte. Tatsächlich geht das von der CDU/CSU bestimmte Friedenspapier weit hinter die Warnung von Kardinal Höffner vom September 1981 zurück, der von einer Nachrüstung warnte. Der von Washington einkalkulierte «begrenzte Atomkrieg» lässt das Zentralkomitee kalt. Vergessen sind längst die Worte des Kurienkardinals Ottaviani, der unter dem Eindruck von Hiroshima schrieb: «Der moderne Krieg ist kein Mittel mehr im Dienst der Gerechtigkeit».

Brief der Jungsozialisten

Der Juso-Grosspapa nimmt Stellung

Lieber Ruedi,
Wir schätzen Deine Fachkenntnis und Dein Engagement in Dritte-Welt-Fragen sehr. Wir konnten Dein Wissen schon mehrmals für unsere Arbeit nutzen. In Deinem Artikel in der Dezembernummer der Roten Revue über die SP hast Du auch uns Jungsozialisten mit 29 Zeilen bedacht. Hier möchte ich als Juso-Grosspapa, der schon seit Jahren in allen möglichen Funktionen die Jusoarbeit kennt, Dir zurufen: «Genauer hinsehen, Ruedi!». Du behauptest:
1) «Wo vor Jahrzehnten die Roten Falken und die sozialistische Jugend zu Tausenden waren, gibt es im Parteiumfeld nichts Ähnliches mehr.»
2) «...ist ihnen, wenigstens von aussen betrachtet, kaum eine Basisdemokratie gelungen: Gegen aussen gibt es nur den Präsidenten.»
3) «dass im 16köpfigen Vorstand der Schweizerischen Jungsozialisten keine einzige Frau sitzt.»

Zu 1): Bitte zeig mir einmal die Genossinnen und Genossen früherer Jahren in den Mitgliederlisten. Sicher kann hier nicht von «Tausenden» gesprochen werden. Die Gesamtanzahl war wie bei der damaligen SP im Vergleich zu heute ähnlich. Ein Manko, da hast Du recht, herrscht bei den Roten Falken, die früher mächtiger waren. Wir Jungsozialisten stiessen in den letzten Jahren mit unserer Altersgrenze immer tiefer in den eigentlichen Falkenbereich hinein. 15-, 16-, 17jährige sind zunehmend auch bei uns Mitglieder geworden. Eine kräftige Jugendorganisation wie die Falken in der BRD ist in unser aller Interesse. Diese leisten dort sinnvollere Jugendarbeit als die parteiinternen Jusos mit ihrem Gremiengerangel und ihrem Papierausstoss.
Viele Elemente, die die Stärke der Falkenarbeit (z.B. in der BRD) ausmachen, werden von uns übernommen: Gemütlichkeit, Eingehen auf «unpolitische» Probleme und ausserpolitische Aktivitäten, sowie ein verstärktes Miteinander in der Gruppe prägen heute je länger je mehr unsere Sitzungen. Das, was Du «in der letzten Zeit wieder aktiver geworden» nennst, bedarf einer Erläuterung. Von den drei linken Konkurrenzjugendverbänden (Juchè der POCH, KJV für PdA und Maulwürfe für SAP) sind 2 (Juchè, KJV) heute fast eingegangen. Die Maulwürfe sind nur Vollstrecker der SAP-Politik ohne deutliche Differenzierung von der Mutterorganisation. Wir Jusos sind heute die grösste und aktivste politische Jugendorganisation der Schweiz. Im Gegensatz zu andern sind wir aus der «Bewegungs»zeit gestärkt hervorgegangen und nicht daran krepiert. Es gibt (u.a. dank Andreas Gross) heute 17 Sektionen in der ganzen Schweiz, weitere sind im Aufbau.

Zu 2): Du hast uns wohl allzusehr «von aussen» betrachtet. Wenn Du der SP einen «langen mühsamen Prozess» für die Veränderung prophezeist, so möchte ich Dir sagen, dass zumindestens wir in diesem Prozess weiter voran sind als die Partei. In Zürich, der grössten